



Freitag, den 14. Februar 2014

## Für eine politische Euro-Gemeinschaft

### Präambel

*Jeder erwartete von der Wirtschafts- und Währungsunion, dass sie den Europäern Wohlstand bringt und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert, als Auftakt einer politischen Annäherung. Ihre konzeptionellen Schwächen und die Fehler der politischen Führung haben zum Gegenteil geführt. Die Europäer haben Zweifel. Wir sind dennoch überzeugt, dass wir nicht aufgeben dürfen. Die ursprünglichen Ziele des europäischen Gebildes - die Sicherstellung von Wohlbefinden und Frieden - sind heute aktueller denn je. Es wäre heute anachronistisch, Europa den Rücken zuzukehren; morgen wäre es selbstmörderisch.*

*Es muss eine neue Etappe begonnen werden; ohne unmögliche Erwartungen zu wecken, was zu oft zu Enttäuschung geführt hat. Europa muss Lösungen zu konkreten Problemen liefern, wie der steigenden Ungleichheit und Arbeitslosigkeit, und dabei gleichzeitig zur Bewahrung des Planeten beitragen. Es muss, besser als heute, sicherstellen, dass die Werte, die es vertritt und die das Potenzial haben, die Europäer jenseits von Binnenmarkt und Gesetzgebungsverfahren zusammen zu bringen, auch tatsächlich respektiert werden. Es muss wieder antreiben.*

*Aus diesem Grund schlagen wir einen strategischen Schritt vor: Wir wollen auf der Basis des Euro eine politische Gemeinschaft aufbauen, indem wir uns daran erinnern, dass die Währungsunion als Fundament eines weitergehenden Projektes gedacht war, welches dazu bestimmt war, die Menschen zu vereinen, und nicht als Selbstzweck.*

*Unsere Gruppe ist pluralistisch, denn Dringlichkeiten wie die Gewalt der Attacken gegen Europa laden die Europäer aller Lager dazu ein, sich in gegenseitigem Respekt zusammen zu tun.*

*Wir wollen das Bewusstsein in Frankreich erhöhen, aber auch einen Appell formulieren, der weit darüber hinausgeht. In der Überzeugung, dass Franzosen und Deutsche eine besondere Verantwortung tragen, teilen wir im Kern die Diagnose und Vorschläge der deutschen Glienicker Gruppe.*

**Agnès Bénassy-Quéré - Yves Bertoncini - Jean-Louis Bianco - Laurence Boone - Bertrand Dumont - Sylvie Goulard - André Loesekrug-Pietri - Rostane Mehdi- Etienne Pflimlin - Denis Simonneau - Carole Ulmer - Shahin Vallee<sup>1</sup>**

---

<sup>1</sup> Jedes Mitglied dieser Gruppe äußert sich in seiner Funktion als Privatperson, ohne Bezug zu irgendeiner Institution, der es angehört oder angehört hat. Wir danken gleichermaßen den Experten, Beamten, Mitarbeitern und Freunden die an dem Gedankenaustausch teilgenommen haben und die Diskussionen unserer Gruppe bereichert haben.

## **Für eine politische Euro-Gemeinschaft**

Welchen Weg will Frankreich einschlagen, in Europa und in der Welt? Wie sieht die Zukunft in 10 oder 20 Jahren aus, die des Euro und der Europäischen Union? Diese berechtigten Fragen sind häufig unbeantwortet geblieben.

Die meisten Regierungen und politischen Parteien haben sich treiben lassen und sich auf ein verwaltendes "Durchwurschteln" beschränkt. Die radikalen Parteien befürworten den nationalen Rückzug und den Ausstieg aus dem Euro, als ob dies ein Wundermittel sei. Eine alternative Antwort, angepasst an die Welt im Jahr 2014, die ihre Schlussfolgerungen aus der Krise und den begangenen kollektiven Fehlern zieht, muss ausgearbeitet sein, um neue dynamische Impulse zu geben.

### **Analyse**

#### **Existieren in einer sich verändernden Welt**

Wert darauf zu legen, dass Europa sich äußern kann, ist keine Prestige-Frage oder eine idealistische Marotte. Es ist viel mehr der geeignete Weg, um in der Zukunft die Gesellschaft nach den Vorstellungen und Wünschen der Europäer zu gestalten. Dazu gehören beispielsweise die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, der Zugang zu Bildung und sozialer Sicherung sowie die Bewahrung der Umwelt.

Wenn man sich diesen Kontinent von Peking, von Riad bzw. von Washington aus anschaut, ist das, was die Europäer verbindet, im Vergleich unendlich stärker als das, was sie trennt. Über gemeinsame Interessen hinaus, die mittelfristig mehr oder weniger konvergent sind, teilen wir ein gemeinsames, außerordentlich reiches Kulturerbe. Unsere gemeinsamen Werte wie Frieden, Menschenrechte und Demokratie sind erwachsen aus der Geschichte und den Dramen des 20. Jahrhunderts. Ihre Fragilität müsste uns dazu verleiten, uns umso mehr um sie zu bemühen. Die Entscheidungen des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zeigen, dass es selbst in Europa noch großen Handlungsbedarf gibt, um Pluralismus zu garantieren, Gefängnisse menschenwürdiger zu gestalten oder das autoritäre Abdriften bestimmter Mitgliedstaaten einzudämmen.

Die Weltordnung, so wie wir sie seit mehreren Jahrhunderten kennen, neigt sich unweigerlich dem Ende zu. In 20 bis 30 Jahren wird kein einziges europäisches Land mehr unter den G8 vertreten sein, die die stärksten Wirtschaftsmächte des Planeten versammeln. Frankreich oder Deutschland werden weniger als 1 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren. Bei der Beerdigung Nelson Mandelas wurde kein einziger Staats- oder Regierungschef eines europäischen Landes eingeladen, eine Rede zu halten. Gemeinsam haben wir jedoch großes Gewicht: mit 350 Millionen Einwohnern hat die Eurozone eine mit den USA vergleichbare Größe und ihr BIP liegt nach wie vor über dem Chinas, trotz des spektakulären Wachstums dieses Landes. Die europäische Handelsmacht bleibt bis zum heutigen Tag unerreicht. Europa hat ein Potenzial in der Industrie, der Landwirtschaft und dem Dienstleistungssektor, das zur Geltung gebracht werden muss.

Gleichwohl erfordert die Einheit verstärkte Anstrengungen. Die "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" der Europäischen Union bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. Selbst innerhalb des Internationalen Währungsfonds, der in mehreren europäischen Ländern zu Hilfe gerufen wurde, ist die Eurozone nicht als Einheit repräsentiert. Gegenüber China, anderen aufstrebenden Staaten oder den USA sind die europäischen Hauptstädte kurzsichtig, wenn sie nach wie vor als Solospieler auftreten.

## **Dauerhaft der Wirtschafts- und Finanzkrise entkommen**

Die aktuelle Ruhe an den Finanzmärkten sollte uns nicht täuschen. In mehreren Ländern haben die durchgeführten politischen Reformen zwar Früchte getragen; die Interdependenz der Staaten, die dieselbe Währung teilen, wird seitdem positiver wahrgenommen. Und es wurden beachtliche Bemühungen bei Reformen und Haushaltsdisziplin unternommen, die jedoch oft schlecht kalibriert und ungleich verteilt wurden, wie insbesondere im Falle Griechenlands. Die Haushaltspolitik war insgesamt zu restriktiv und nicht ausreichend differenziert. Die öffentliche und private Überschuldung birgt das Risiko, die Volkswirtschaften zu ersticken, während die Entbehrungen der Bevölkerung die politische Radikalisierung nähren. Dieser Befund sollte, auch im Interesse der übermäßig verschuldeten Länder, nicht zur Folge haben, die Konsolidierungsbemühungen aufzugeben. Sie sollten jedoch ergänzt werden.

Ein großes Risiko besteht heute darin, dass eine Deflation, ähnlich wie in Japan, zur Stagnation und Opferung einer ganzen Generation führt. Die Europäische Zentralbank war sehr aktiv zu Beginn der Krise (2007-2010) und hat auch heute noch die entsprechenden Mittel, um dieses Risiko abzuwenden. Sie muss allerdings eine Vielzahl widersprüchlicher Ängste überwinden, die sich aus den unterschiedlichen geldpolitischen Kulturen und der Heterogenität der verschiedenen Mitgliedstaaten ergeben.

Europa muss sich besser in das globale Wachstum einfügen und dementsprechend seine kreative, wissenschaftliche und unternehmerische Dynamik wiederfinden. Europa erlebt nicht nur eine Phase schlechter Konjunktur, die bald vorbei gehen wird. Es sind unsere (vor allem industriellen) Produktions- und Organisationsprinzipien, die durch die neuen Technologien, die globale Interdependenz und die Überalterung der europäischen Bevölkerungen in Frage gestellt werden.

Jeder Staat, und insbesondere Frankreich, muss seine eigenen Probleme angehen, aber Europa muss auch energischer handeln. Es werden zunehmend gemeinsame Lösungen auf den Weg gebracht, um den Bankensektor zu überwachen und zu sanieren, ohne auf Steuergelder zurückzugreifen (Bankenunion). Diese müssen jedoch auch gründlich sein, damit die Banken Unternehmen und Haushalte wieder zu günstigen Zinssätzen finanzieren können, in der ganzen EU.

## **Demokratische Blockaden überwinden**

Das Ausmaß der Schwierigkeiten verleiht der Krise seitdem eine politische Dimension. Auch wenn bisher keine nationale Wahl zu einer Ablehnung des Euro geführt hat, stehen Staaten wie Griechenland, Portugal oder Irland, die Hilfe ersucht haben, unter dem Joch einer nicht ausreichend identifizierten Institution, die sich aus den europäischen Staats- und Regierungschefs, den Finanzministern (Eurogruppe), der Zentralbank und der Europäischen Kommission sowie dem Internationalen Währungsfonds zusammensetzt. Die Verantwortlichkeiten sind durch einen politisch-technokratischen Wirrwarr verwässert und jeglicher Legitimität entzogen, symbolisiert durch die "Troika". Das Schicksal einiger Länder wurde der Abstimmung des Bundestages und den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe unterworfen. Das vorherrschende Gefühl wurde 2012 von Mario Monti, dem italienischen Ministerpräsidenten, auf den Punkt gebracht, als er von der Gefahr einer "Kreditokratie" sprach, deren Wahrnehmung im Übrigen an der Realität vorbeiging, da Italien keine Unterstützung erhalten hat und selbst die Hilfspakete mitfinanziert.

Alle Mitgliedstaaten mussten eine zur Wiederherstellung der kollektiven Glaubwürdigkeit unabdingbare Verstärkung der gegenseitigen Überwachung hinnehmen. Der bereits erreichte Grad der Einmischung, insbesondere in den Programmländern, schürt jedoch einen gefährlichen Groll zwischen dem "Norden" (in erster Linie Deutschland) und dem "Süden". Der Euro wird zur Quelle einer politischen Spaltung.

Ein Teil der Bevölkerung ist verwirrt. Einige vertreten die Ansicht, dass die Austeritätspolitik den südlichen Ländern von Seiten Europas aufgezwungen wurde, während gerade diese Länder ihre eigene Zukunft gefährdet haben, indem sie zu viele öffentliche (wie zum Beispiel Griechenland) oder private Schulden (wie

zum Beispiel Spanien oder Irland) angehäuft haben. Die "tugendhaften" Länder vergessen hingegen häufig, dass sie den "ausgabefreudigen" oft einen Großteil der Waren geliefert haben, die diese auf Kredit gekauft haben. Und oft stellten sie sogar das nötige Kapital zur Verfügung, das eine solche Verschuldung erst ermöglicht hat. Die Verantwortung für die aktuelle Situation liegt daher gleichermaßen bei Nord und Süd, bei nationalen Regierungen und europäischen Institutionen. Und die Märkte, die jedem seine Verantwortung vor Augen führen sollten, waren lange blind.

Daher die Versuchung, alles "über Bord zu werfen" und den Euro abzuschaffen. Diese Hypothese ist eine Illusion. Aufgrund der Kettenreaktionen ist niemand in der Lage, die Kosten der Auflösung der Eurozone genau zu berechnen, aber sie wären schrecklich hoch. Rein rechnerisch würde die Abwertung die Kosten der in Euro angehäuften Schulden erhöhen, die oft von Ausländern gehalten werden; sie würde die Staaten dazu zwingen, Bankrott anzumelden und würde zu Insolvenzen im Finanzsektor führen. Sie würde außerdem den Preis importierter Produkte erhöhen, beispielsweise Öl und Gas. Unternehmen wären beim Export mit Wechselkursrisiken konfrontiert, was sich wiederum negativ auf das Wachstum und die Beschäftigung auswirken würde. Die Haushalte verlören einen Teil ihrer Ersparnisse, die Europäer ihren guten Ruf.

Eine sachliche Analyse lädt im Gegenteil dazu ein, den Neuaufbau der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu verfolgen und zu beschleunigen. Eine alleinige Verstärkung der bereits vereinbarten Regeln zur gegenseitigen Überwachung reicht dabei nicht aus. Ein Vergleich der Krisenbewältigung von Europäern und Amerikanern zeigt deutlich die Vorteile einer legitimeren und dadurch auch flexibleren und effizienteren politischen Organisation.

### **Eine besondere französische Verantwortung**

Eine Bruchlinie droht den Norden und den Süden Europas zu spalten. Vor diesem Hintergrund kommt Frankreich eine besondere Rolle zu, denn das Land ist sowohl dem nördlichen als auch dem südlichen Lager zugehörig und es hat zusammen mit Deutschland den Euro gewollt. Es kann, unter drei Bedingungen, eine entscheidende Position einnehmen.

Erstens muss sich Frankreich von einigen Illusionen verabschieden, denen es sich lange Zeit hingegeben hat. Dank Jean Monnet und Robert Schuman hat es die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ausgelöst, aber es hat die Weiterentwicklung der europäischen Architektur in einigen Fällen auch brutal ausgebremst: zum Beispiel 1954 mit der Ablehnung einer Verteidigungsgemeinschaft oder 2005 mit der Ablehnung des Verfassungsvertrages. In Europafragen zögert Frankreich seit Jahrzehnten. Aus Deutschland<sup>2</sup> kamen in zwei Fällen vor der Einführung einer einheitlichen Währung Vorschläge zur Schaffung einer politischen Union mit einem harten Kern, die von den französischen Verantwortlichen aller politischen Lager abgelehnt wurden, ohne sie auch nur zu diskutieren.

Zweitens ist es notwendig, dass Frankreich sich endlich mit der Frage nach seinem Platz in einer offenen, wettbewerbsfähigen und stark integrierten Welt auseinandersetzt. Die Franzosen haben von einer "Supermacht Europa" geträumt, aber Europa wird nie ein "Machthebel" nur zu ihrem exklusiven Gebrauch sein. Auch wenn die Französische Republik, mehr als andere europäische Partner, ihre Verantwortung in Sicherheits- und Verteidigungsfragen wahrnimmt, wie jüngst in Afrika, lässt die Wirtschaftsleistung der letzten zehn Jahre doch Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit aufkommen. Der Status der ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat und die nukleare Schlagkraft garantieren scheinbar eine Autonomie, die sich als illusorisch erweisen könnte, wenn sich unsere Mittel weiter reduzieren.

Europäische Themen werden zu oft auf Slogans reduziert wie "soziales Europa" oder "Europa als Schutzschild", die Gefahr laufen, die Franzosen mit ihrem Unbehagen alleine zu lassen. Unseren europäischen

---

<sup>2</sup> Karl Lamers und Wolfgang Schäuble im Jahr 1994, Joschka Fischer im Jahr 2000.

Partnern gelingt es besser, einen weltoffenen Ansatz mit dem legitimen Interesse an der Verteidigung ihres Sozialmodells zu verbinden. Der beste Schutz liegt in einer qualitativ hochwertigen Bildung und Ausbildung sowie kreativen Unternehmen.

Zu guter Letzt muss Frankreich sich wieder zu einer positiven Kraft entwickeln, die konstruktiv eigene Vorschläge beisteuert. Das Land nimmt seit einigen Jahren eine defensive Haltung ein, bestimmt von unausgesprochenen Tabus. Mit dem Euro hat Frankreich bereits zugestimmt, seine Souveränität zu teilen. Die Idee, dass "ein Europa der Nationen" auch im Jahr 2014 noch eine nützliche Perspektive darstellt, ist dem Fortschritt nicht dienlich. Es besteht kein Grund, eine Diskussion über die besten Formen der politischen Organisation zu fürchten oder von vornherein jede Form von Föderalismus abzulehnen, auch wenn Frankreich damit bis heute keine Erfahrungen gemacht hat. Diese verschiedenen Ängste und dieses Unverständnis nähren ein breites Gefühl von Unbehagen, das man in Frankreich heutzutage spüren kann. Doch der Einfluss kann zurückgewonnen werden, im Gegenzug für methodische Arbeit. Die Schlacht, die von der aktuellen französischen Regierung hinsichtlich der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitern ausgefochten wird, liefert ein aktuelles, positives Beispiel dafür, was eine Regierung in der EU erreichen kann, wenn sie ihre Position genau festgelegt hat und verteidigt. Das geringe Interesse, das die meisten politischen Familien in Frankreich dem Europäischen Parlament entgegenbringen ist ein trauriges Gegenbeispiel.

So ist Europa in der Schwebe. Die Unzulänglichkeiten der Europäischen Union sowie die Eingriffe in die Mitgliedstaaten, die immer noch glauben, vollkommen souverän zu sein, erzeugen eine zunehmende Frustration. Wir schlagen vor, aus dieser Situation das Beste zu machen.

## **Unser Vorschlag**

### **Zu politischem Ehrgeiz zurückfinden**

Wir schlagen eine politische Euro-Gemeinschaft vor, die offen ist für andere europäische Länder und sich weltoffen entwickelt; nicht weil der Euro ein Selbstzweck ist, sondern weil er im Gegenteil der Ausdruck eines gemeinsamen Schicksals ist. Die Bemühungen, die in der Krise im Namen der Währung betrieben werden, haben nur dann einen Sinn, wenn sie in eine positive politische Vision eingebettet werden, die sich zukunftsgerichtet unserer gemeinsamen europäischen Identität zuwendet.

Ihre erste Aufgabe wird darin bestehen, die einheitliche Währung zu konsolidieren, denn sie stellt die Bedingung einer Rückkehr zu Wohlstand und Beschäftigung dar. Die Forderung von "Wettbewerbsfähigkeit" scheint zu oft gleichgesetzt zu werden mit einer Absenkung von Löhnen und Sozialleistungen oder einer Angleichung nach unten. Dieser Ansatz kann keine wünschenswerte Zukunft hervorbringen; daher die Idee einer Euro-Gemeinschaft, die über das hinausgeht, was die Eurozone derzeit tut.

Ohne die gegenseitige Verpflichtung zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte oder die in der Krise erzielten Reformen erneut in Frage zu stellen wird sich die Gemeinschaft mit neuen Instrumenten ausstatten, die darauf abzielen, konjunkturelle Schwankungen einzudämmen und die schwächsten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Dies kann durch die Bewilligung von Arbeitslosengeldern auf europäischer Ebene geschehen oder auch durch Maßnahmen zur Förderung der Mobilität, flankiert von einer teilweisen Harmonisierung der Arbeitsmärkte. Solidarität ist nicht denkbar ohne mehr Eigenverantwortung, aber es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung, wenn wir die Wirtschafts- und Währungsunion stabilisieren und in den Augen der Bürger nachhaltiger gestalten wollen.

Der Kampf gegen Ungleichheit und Ausgrenzung, die Aufwertung von Humankapital durch Bildung und Ausbildung sowie Innovation sollten ins Zentrum der Bemühungen der Euro-Gemeinschaft gerückt werden. Viel

zu oft hat in den letzten Jahren ein ausgesprochen weitreichendes Konzept von "Subsidiarität" dazu geführt, dass die Existenz von Rechten aller europäischen Bürger in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Würde des Menschen ist das erste dieser Rechte, aber auch die Bewahrung der Umwelt für nachfolgende Generationen und Wohlstand gehören dazu.

Gleichzeitig wird diese Gemeinschaft in den Bereichen, in denen sie als Einheit wirksamer handeln kann als ihre jeweils einzelnen Mitglieder, langfristig ausgerichtete Politiken verfolgen. Denkbar wären zum Beispiel Investitionen in die Energiewende und wichtige Infrastrukturen wie digitale Netze, Verkehr und Energie. Sinnvoll wäre auch eine finanzielle Förderung der Forschung, vor allem im Bereich der industriellen Produktion, aber auch in Richtung einer Landwirtschaft, die in der Lage sein muss, einen sehr bevölkerten Planeten zu ernähren, auf dem die Ressourcen zunehmend knapp werden. Recht und Gerechtigkeit haben einen intrinsischen Wert und sind damit auch besonders wichtige Eckpunkte für die Ankurbelung von Wirtschaftstätigkeit und Wachstum: Rechtssicherheit, einfache Regeln, Effizienz der Justiz über die Grenzen hinweg und die Bekämpfung von Korruption sind Ziele, die die Euro-Gemeinschaft sich zu Eigen machen wird.

Die Euro-Gemeinschaft muss außerdem eine Rolle auf der Weltbühne spielen, denn eine solche Handels- und Wirtschaftsmacht kann die Zukunft des Planeten nicht ignorieren. Wir tragen Verantwortung. Dabei ist die Frage für uns sekundär, ob die Ebene der "Euro-Zone" angemessen ist. Vor allem gegenüber den USA und China – aber auch in ihrer unmittelbaren Umgebung, um Fragen der Bürgerrechte, der Sicherheit und Migration nicht außen vor zu lassen – wird diese Gemeinschaft dazu berufen sein, die Rolle einer Außenvertretung wahrzunehmen, zunächst wirtschaftlich, aber auch diplomatisch und in Verteidigungsfragen. Das anzuwendende Tempo und die Modalitäten müssen im Detail diskutiert werden, aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Schuman-Erklärung aus dem Jahr 1950 mit dem Vorsatz beginnt, den "Weltfrieden" zu wahren und Bezug nimmt auf die Entwicklung Afrikas, ein Kontinent, der heute strategisch wichtiger ist denn je.

### **Demokratische Garantien**

Die Euro-Gemeinschaft wird demokratische Garantien anbieten müssen, die mit den höchsten Standards der Mitgliedsländer korrespondieren. Die Deutschen können zu Recht stolz darauf sein, seit 1949 eine beispielhafte Demokratie und einen beispielhaften Rechtsstaat errichtet zu haben. Nach der quälenden Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts ist das nicht nur für Deutschland ein Fortschritt, sondern auch für den gesamten Kontinent. Allerdings müssen die Deutschen begreifen, dass die Kontrolle europäischer Entscheidungen durch die Institutionen eines einzigen Landes für die anderen nicht akzeptabel ist. Sie würden eine solche Praxis ohne Zweifel selbst nicht hinnehmen. Die aktuelle Situation, in der deutsche Bundesorgane (der Bundestag, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe) das Schicksal des Euro (und einiger Länder) in ihren Händen halten, ist weder gut für Deutschland, das dadurch in eine hegemoniale Position versetzt wird, noch für die Partner Deutschlands, die darauf reduziert werden, sich deutschen Anweisungen zu fügen.

Eine schlanke<sup>3</sup>, eigene Exekutive der Euro-Gemeinschaft, getrennt von nationalen Organen, muss in Kraft gesetzt werden; diese Regierung wird in Folge der Wahl einer Versammlung durch die Bürger der Gemeinschaftsstaaten ernannt, die am selben Tag ihre Stimmen abgeben, nach demselben Verfahren. Dieser Punkt ist entscheidend. Man kann ein Gremium, das nicht auf der Grundlage einer offenen, pan-europäischen Wahl zusammengetreten ist, die es erlaubt eindeutig zwischen politischen Optionen zu wählen, nicht als "Regierung" (wirtschaftlich oder allgemein) bezeichnen.

Die Versammlung wird für die kontinuierliche Kontrolle der Exekutive zuständig sein, und gegebenenfalls für ein Misstrauensvotum. Um Doppelstrukturen zu vermeiden und die Offenheit der Gemeinschaft gegenüber

---

<sup>3</sup> Angedacht ist ein Exzellenzteam, in dem bestimmte geographische Gleichgewichte gewahrt bleiben, das aber nicht einen Vertreter pro Mitgliedstaat umfasst.

der EU zu demonstrieren, kann die Parlamentarische Versammlung der Gemeinschaft sich aus Abgeordneten zusammensetzen, die gleichzeitig einen Sitz im Europäischen Parlament (der EU 28) haben.<sup>4</sup>

Die Exekutive wird zum einen zuständig dafür sein, die ihr zugeordneten Politiken umzusetzen, und verfügt dabei über einen unabhängigen Haushalt, der durch eigene Mittel finanziert wird (siehe unten). In ihren Zuständigkeitsbereichen hat sie Ermessensspielraum, selbstverständlich eingerahmt von einem festen gemeinsamen Regelwerk und unter der Kontrolle der Parlamentarischen Versammlung und des Europäischen Gerichtshofes. Zum anderen wird sie darüber wachen, dass die nationalen Regierungen ihren gegenseitigen Verpflichtungen nachkommen.

Die Staaten behalten eigene Kompetenzen bei der Umsetzung ihrer Politiken; entsprechend einer klaren Definition der Befugnisse, die mit einer schlecht definierten "Subsidiarität" aufräumen wird, die als Vorwand aller Renationalisierungsversuche dient.

Die nationalen Parlamente üben weiterhin die Kontrolle über die nationalen Regierungen aus, in Übereinstimmung mit den nationalen Verfassungen, und diesbezügliche Bestimmungen können in vielen Ländern, darunter Frankreich, verstärkt werden. Die Bedingungen, unter denen der Europäische Stabilitätsmechanismus ins Leben gerufen und finanziert wurde, führten dazu, dass den nationalen Parlamenten unmittelbar die Kontrolle über die nationalen Haushaltsverpflichtungen anvertraut wurde, die dem ESM zugeordnet sind. Es erscheint logisch, dass eine Kontrolle durch nationale Abgeordnete vorgenommen wird, solange die Finanzierung durch nationale Fonds andauert. Dagegen muss sich letztlich das Prinzip durchsetzen, dass europäische Entscheidungen auf europäischer Ebene und nationale Entscheidungen auf nationaler Ebene kontrolliert werden. Es muss vermieden werden, dass die demokratische Kontrolle in Strukturen verwässert wird, die keine eindeutige Zuweisung von Verantwortung erlauben wie zum Beispiel im Falle des „Fiskalpakts<sup>5</sup>“, der auf eine wenig präzise, um nicht zu sagen mehrdeutige Art, nationale und europäische Parlamentarier mischen will. Die Bürger wollen, verdientermaßen, verstehen, wer wofür verantwortlich ist.

Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass die Bürger neue Wege der Entscheidungsfindung fordern, die interaktiver sind und mehr "Partizipation" ermöglichen. Es geht nicht allein darum, die repräsentative Demokratie lebendig werden zu lassen, indem man sich mit der Machtverteilung zwischen Brüssel und den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten auseinandersetzt. Sie muss um eine engere Bindung zwischen Bürgern, Unternehmen, Medien, Gemeinschaften erweitert werden, über die Grenzen hinaus. Die Euro-Gemeinschaft muss eine lebendige Gemeinschaft sein, die alle Zivilgesellschaften ganz einbezieht.

Einer der schwerwiegenden Mängel der derzeitigen Wirtschafts- und Währungsunion besteht schließlich darin, dass eine Sanktionierung möglicher Verstöße der Staaten gegen ihre Verpflichtungen nicht vorgesehen ist. In einem Rechtsstaat ist es wichtig, dass ein Richter über Rechtsstreitigkeiten entscheiden kann. Unsere Präferenz wäre auch hier, keine institutionellen Doppelstrukturen zu schaffen, und diese Rolle stattdessen dem Europäischen Gerichtshof anzuvertrauen, der sich speziell organisieren würde, um über die Angelegenheiten der Euro-Gemeinschaft zu entscheiden.

---

<sup>4</sup> Nach einem modifizierten Wahlrecht; ein Model könnte das Wahlrecht zur Bestimmung der Abgeordneten bei den Bundestagswahlen sein. Die Abgeordneten würden teilweise in kleinen Wahlkreisen und teilweise über Gemeinschaftslisten gewählt.

<sup>5</sup> Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, unterzeichnet von 25 Mitgliedstaaten am 2. März 2012.

## **Ein Gemeinschaftshaushalt**

Die Euro-Gemeinschaft soll über einen eigenen Haushalt verfügen, um die politischen Maßnahmen zu finanzieren, die wir in diesem Dokument bereits beschrieben haben. Seine Unabhängigkeit gegenüber dem EU-Haushalt ergibt sich aus der Tatsache, dass er in erster Linie dazu gedacht ist, Fragen zu behandeln, die einen spezifischen Bezug zum Euro aufweisen: beispielweise die Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung. Darüber hinaus würde ein solcher Euro-Haushalt Ressourcen bereithalten, um im Dienste der Gemeinschaft die Ausbildung zu verbessern, die Arbeitnehmermobilität zu erhöhen oder die Infrastruktur in den Bereichen der Energie, Industrie und Dienstleistungen auszubauen (um einen optimalen Währungsraum zu schaffen).

Er sollte unbedingt aus Eigenmitteln gespeist werden, um unpassende, kontraproduktive „netto Zahler“ Debatten zu vermeiden, wie wir sie in der EU erlebt haben. Als Finanzierungsquelle kommen Steuern in Frage wie die Körperschaftsteuer oder Umweltsteuer (CO<sup>2</sup> Steuer). Die Erstellung des Budgets wäre eine gute Gelegenheit, um eine gewisse steuerliche Harmonisierung voranzutreiben (Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen).

Dieser Haushalt könnte auch dazu beitragen, durch eine Kostenoptimierung auf nationaler Ebene Einsparungen vorzunehmen. Dies gilt vor allem für die Verteidigung. Die Frage der Fähigkeit zur kollektiven Schuldenaufnahme sollte auch gestellt werden. Dabei sollte deutlich gemacht werden, dass es nicht darum geht, bestehende Staatsschulden zu vergemeinschaften, sondern, falls erforderlich, gemeinsam Kapital aufzunehmen, um gemeinschaftliche Projekte zu finanzieren.

Eine Frage bleibt offen, die diese Gruppe nicht abschließend zu beantworten vorgibt. In solch einer abgeschlossenen Gemeinschaft wäre die Möglichkeit einer Staatspleite wieder glaubwürdig, denn sie würde nicht das gesamte Gebilde destabilisieren und nicht die schwächsten Glieder berühren. Letztlich könnte die Option einer Zahlungsunfähigkeit der Mitgliedstaaten wieder eingeführt werden, um das Verantwortungsgefühl der Staats- und Regierungschefs und der Märkte zu stärken. Die Gemeinschaft würde dadurch weniger in die Angelegenheiten der Nationalstaaten eingreifen. Die Aufteilung der Zuständigkeiten wäre klarer und jeder trüge sein eigenes Risiko. Dies ist eine der Tugenden des Föderalismus, die in der französischen Debatte in der Regel untergeht, weil die Franzosen keine eigene Erfahrung mit Föderalismus haben: die Länder sind besser gegen Eingriffe des Bundes geschützt. Die paradoxe Folge der aktuellen Situation ist, dass die Eurozone im Geheimen das praktiziert, was man einen "ausnahmsweisen Föderalismus" nennen könnte, der sich tief in nationale Entscheidungen einmischt, ohne dass eine solche Situation vorgesehen ist, geschweige denn erklärt und legitimiert.

## **Die Beziehung Gemeinschaft / EU**

Unser Wunsch besteht darin, die politische Euro-Gemeinschaft und die EU-28, deren Daseinsberechtigung natürlich nicht in Frage gestellt wird, so harmonisch wie möglich koexistieren zu lassen. Es ist im Interesse aller europäischen Länder, dass sich die Eurozone nachhaltig stabilisiert, genauso wie es im Interesse der Euro-Länder ist, den Binnenmarkt der 28 zu konsolidieren und die Gemeinschaftsinstitutionen der EU, allen voran die Kommission, zu stärken.

Alle EU-Staaten, die der politischen Euro-Gemeinschaft beitreten wollen und die damit verbundenen Rechte und Pflichten akzeptieren, sind herzlich willkommen (auch wenn die Frage der Einkommensunterschiede in der Zukunft noch sehr viel ernster genommen werden wird). Im Gegenzug müssen die Staaten, die die souveräne Entscheidung treffen, keine europäische Währung zu teilen, alle damit einhergehenden Konsequenzen tragen, ohne sich über eine angebliche Diskriminierung zu beschweren. In dieser Hinsicht ist es an der Zeit, die Dinge klarzustellen, indem in die Eurozone verlagert wird, was in die Eurozone gehört, und in die EU, was in die EU gehört. Die Rettungsmechanismen, die von ihren jeweiligen Mitgliedstaaten einzeln finan-

ziert werden, wurden in der Krise eingerichtet (Europäischer Stabilitätsmechanismus, morgen vielleicht ein Bankabwicklungsfonds). Ihre Kontrolle geht von den teilnehmenden Ländern aus und nur von ihnen allein. Im Übrigen ist es vollkommen legitim, dass die Länder der Euro-Zone sich mit stärkeren gemeinsamen Instrumenten oder gemeinsamen Politiken ausstatten, um die Tatsache zu kompensieren, dass sie auf einige Instrumente verzichtet haben, wie zum Beispiel die Wechselkurspolitik.

Das europäische Panorama könnte wohl in einigen Jahren ziemlich anders aussehen als heute. Unter den 28 EU-Mitgliedstaaten haben nur zwei (das Vereinigte Königreich und Dänemark) eine Ausnahmeregelung bezüglich der gemeinsamen Währung. Alle anderen haben sich verpflichtet, den Euro einzuführen (vor allem Polen als bedeutendes Land). Außerdem könnte die Verhandlung eines Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, falls sie erfolgreich verläuft, den Binnenmarkt nachhaltig verändern. Zu guter Letzt ist es schwer vorherzusagen, wozu das Versprechen David Camerons führen wird, ein Referendum über die Zugehörigkeit seines Landes zu einer renovierten EU abzuhalten. Das Wesentliche ist, in einer kooperativen Gesinnung voranzuschreiten. Der loseste Kreis um den Binnenmarkt wird die Möglichkeit anbieten, solche Länder aufzunehmen, bei denen eine Mitgliedschaft auf Grund ihrer Größe (Türkei, Ukraine) oder ihrer Entwicklungsrückschritte (Moldawien, Albanien) problematisch ist.

### **Eine Methode**

Wir stimmen mit der deutschen Glienicker-Gruppe darin überein, dass ein "optimales Europa", mit großer intellektueller Strenge konzipiert, eine größere Überzeugungskraft hat als ein "minimales Europa", das immer wieder Frust auslöst.

Das ist im Übrigen, was uns die Erfahrung lehrt. Seit etwa zwei Jahrzehnten verfolgen die Regierungen die Strategie, Europa als notwendiges Übel zu präsentieren, dessen "Schaden" sie einzudämmen bemüht sind, und nicht als gemeinsames Ziel, das es zu erreichen gilt. Viele Pro-Europäer haben daher 2005 in Frankreich bei einer Volksabstimmung mit nein gestimmt, aus Enttäuschung. Die Bürger wie auch die Märkte und Investoren brauchen einen klaren Kurs. Was uns antreibt, den Begriff "Euro-Zone" abzulehnen und den der Euro-"Gemeinschaft" zu bevorzugen, ist, dass die aktuelle Bezeichnung die Tragweite des politischen Projekts verschweigt. Wenn der Kurs klar ist und mit einem genauen Zeitplan versehen wird, der dann auch eingehalten wird, wäre das schon ein großer Fortschritt. Es macht keinen Sinn, nötige Schritte zu überspringen.

Angesichts der großen Vorbehalte müsste das Unternehmen ab sofort sorgfältig und im Rahmen der bestehenden Verträge vorbereitet werden. In der Zwischenzeit läge die Priorität auf einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation, die aktuell die Spannungen in den Mitgliedstaaten und zwischen ihnen verschärft. Die Frage der Schulden müsste ebenfalls angesprochen und die Modernisierung der 28 Volkswirtschaften beschleunigt werden.

Schließlich verlangt die Entstehung einer Euro- Gemeinschaft nach einem neuen Vertrag, dessen Ratifizierungsbedingungen vorab festgelegt werden sollten. Nach dem Völkerrecht ist es möglich, zu bestimmen, dass die Ratifizierung nicht einstimmig sein muss (um zu vermeiden, dass eine winzige Minderheit der Bevölkerung die ganze Gemeinschaft als Geisel nimmt) und zu verhindern, dass die Staaten, die ein Voranschreiten verweigern, die anderen dadurch blockieren. In einer Demokratie muss ein Nein möglich bleiben, aber die Konsequenzen einer Ablehnung muss das Land tragen, das sie ausspricht, nicht die willigen Partner.

Darüber hinaus kann die stillschweigende Zustimmung der europäischen Bürger zur europäischen Integration nicht länger vorausgesetzt werden. Der Übergang zur Gemeinschaft sowie der spätere Beitritt neuer Mitglieder verlangt also nach einem demokratischen feierlichen Verfahren unter der Beteiligung aller betroffenen Europäer. Die Bürger sind Beitrittsentscheidungen leid, die heimlich, ohne ihr Wissen, die Ausgestaltung

der "Schicksalsgemeinschaft" verändern. Das ist auch eine der Botschaften der Ablehnung des Verfassungsvertrags im Jahr 2005.

Wenn nötig, wird man eine doppelte Verhandlung führen müssen: die eines Vertrages zwischen den Ländern, die gerne Teil der politischen Euro-Gemeinschaft sein wollen, und die der 28 zur Reform der EU. Zwei Fallstricke sollten vermieden werden: der Ausschluss der Europäer, die loyal voranschreiten wollen, und die Erpressung derer, die die anderen am Voranschreiten hindern wollen, ohne jedoch die Zwänge des Euro zu akzeptieren.

### **Schlussfolgerung**

Wir sind fest davon überzeugt, dass dem europäischen Projekt neuer Schwung gegeben werden kann und muss, ein neuer Meilenstein. Dies ist der richtige Moment dazu. Und es ist dringend notwendig, dass die wohlgesinnten Bürger gemeinsam handeln, über Staatsgrenzen und parteipolitische Orientierungen hinweg.

Übersetzung: Anna-Lena Kirch